

## Rede zum Antikriegstag 2021 \_ Jenny Huschke, Vorsitzende des DGB Kreisverbandes Kassel

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Teilnehmer\*innen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

am Morgen des 1. September lagen die Bewohner\*innen der kleinen polnischen Stadt Wielun noch in ihren Betten, als deutscher Flieger ihre Stadt und viele andere polnische Orte absolut unangekündigt in Schutt & Asche legten. Was historisch den Beginn des 2. Weltkrieges markiert, hieß konkret: Deutsche Soldaten und Verbände der SS begingen unverzüglich zahllose Verbrechen, auch an der Zivilbevölkerung.

Dörfern und Städten wurden wahllos zerstört, Kriegsgefangenen und Geiseln erschossen, Frauen, Männer, Kinder jüdischen Glaubens Opfer von "Blitzpogromen" und Massakern; sogen. Vergeltungsmaßnahmen.

Als dies im Mai 1945 durch die deutsche Kapitulation ein Ende fand, lag Europa in Trümmern, beklagte schwerste Kriegsverbrechen und 60 Millionen Tote sowie massiv Zerstörung und großes Leid.

Der Antikriegstag – er ist für uns Gewerkschafter\*innen Mahnung, Gedenken und ein politisches Signal, sich gegen Faschismus und Krieg zu engagieren!

Ein Datum ist uns in diesem Jahr Anlass zum besonderen Gedenken: der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Denn so brutal der Krieg bis dahin war, so gewann er mit dem Unternehmen „Barbarossa“ eine noch krassere Dimension. Denn die Führung der Deutschen Wehrmacht setzte im Mai und Juni 1941 zentrale Teile des Kriegsvölkerrechts außer Kraft. Konkret (BZ vom Juni 2021): „Absichtsvoll und planmäßig bestimmten fortan Verbrechen das Geschehen: gegen Kriegsgefangene; gegen Zivilist\*innen. Dieser Feldzug war kein „Krieg wieder jeder andere“; also um militärisch zu siegen und zu erobern. Es galt, die Sowjetunion und damit den - im Jargon der Faschisten - „jüdischen Bolschewismus“ einfach restlos zu vernichten – also ein Land und seine Menschen *komplett* auszulöschen.

Es kam u.a. zur Belagerung Leningrads. Die zivile Bevölkerung auszuhungern, galt den Nazis allemal als legitim, gar als „effektiv“. Und sorgte für mehr Widerstand als erwartet! Aber um welchen Preis?!

Hitler befahl: „Einfach erschießen. Einfach umsiedeln.“ Es brauchte Platz als Lebensraum im Osten für frohe Deutsche. Und auch Schlachten wie die um Stalingrad ließen keinen Platz mehr für Mythen vom Deutschen Heldentod fürs Vaterland oder die Annahme, dass solche Schlachten Gewinner hätten. Die Aufzählung wäre fast endlos fortzusetzen.

Kurz: ja, Deutschland trägt besondere Verantwortung für Frieden!  
Und wo bleibt diese in der Gegenwart?



Afghanistan zeigt doch ganz klar: wir sind weit entfernt von einer Politik von Abrüstung und Entspannung!  
Wir erleben: Aufrüstung und militärische Desaster.

Afghanistan steht auch für das Scheitern einer Politik des Irrglaubens, demokratische Staatlichkeit ließe sich mit militärischen Mitteln durchsetzen!

Jetzt aus dem Statement des DGB zum Antikriegstag 2021:

Nach zwanzig Jahren militärischer Intervention stehen das Land und seine Menschen am Abgrund. Weite Teile der afghanischen Bevölkerung leben weiter in Armut. Der Westen hat viel zu sehr auf militärische Intervention gesetzt, sich mit fragwürdigen Warlords verbündet und tatenlos zugesehen, wie die wechselnden Regierungen in Kabul die bereitgestellten Hilfsgelder in eigene Taschen wirtschafteten. Opfer dieser gescheiterten Strategie sind vor allem Frauen und Mädchen, die bis dato Zugang zu Schule und Bildung erhielten, Journalist\*innen unabhängiger Medien, die gegen die weitverbreitete Korruption im Land angingen, und alle Menschenrechtsaktivist\*innen, die sich für ein demokratisches Afghanistan eingesetzt haben.

Auch die deutsche Bundesregierung trägt schwere Schuld durch ihren Umgang mit der afghanischen Zivilgesellschaft! Schlaglichtartig verdeutlicht dies ihre Politik der unterlassenen Hilfeleistung für sogn. „Ortskräfte“. Statt ihnen rechtzeitig die Möglichkeit zur Ausreise zu geben, wurde – maßgeblich durch CDU, CSU und weitere Akteure, die am deutlichen rechten Rand – mit der Parole „2015 darf sich nicht wiederholen“ das Schreckgespenst einer neuen Flüchtlingswelle heraufbeschworen.

Und all das, obwohl die afghanischen Mitarbeiter\*innen vor Ort und ihren Angehörigen nach der Machtübernahme durch die Taliban nun um ihr Leben fürchten müssen.

Ich persönlich füge hinzu: Das ist ein politisches Desaster; das ist großes politisches Versagen, was andere nun mit massiver Angst und absoluter Perspektivlosigkeit, wenn nicht mit ihrem Leben bezahlen werden.

Liebe Teilnehmer\*innen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist höchste Zeit, das Ruder herum zu reißen! Wir brauchen und fordern andere, neue Sicherheitspolitik.

Die nicht (ausschließlich) militärisch definiert ist. Denn Sicherheit bedeutet doch nicht nur Schutz vor physischer Gewalt, sondern auch vor der Bedrohung durch die Zerstörung unserer Umwelt, durch Krankheit, Armut oder wirtschaftlichem Niedergang.

Strukturwandel - Klimawandel - Pandemie: Wir sind gefordert! Und das ausdrücklich nicht zum Wettrüsten!

Wettrüsten ist ein Irrsinn der Geldverschwendung. Dem müssen wir für mehr menschliche Sicherheit echt Einhalt gebieten! Nie Wieder Krieg! Nie Wieder Faschismus! Wichtig wie nie.

Danke für die Aufmerksamkeit.